

Pressemitteilung

„Vorschriften in der Praxis nicht umsetzbar!“ Bauindustrie Hessen-Thüringen fordert: Genehmigungsverfahren für Schwertransporte korrigieren!

Wiesbaden, 15.02.2022

Auch im Internet abrufbar: www.bauindustrie-mitte.de

Die Änderungen der Verwaltungsvorschrift (VwV) zur Straßenverkehrsordnung (StVO) sind im Herbst 2021 in Kraft getreten. Die Bauindustrie hatte bereits vorher ein Positionspapier zu den neuen Genehmigungsverfahren für Großraum- und Schwertransporte vorgelegt und ihre Kritik formuliert.

„Die Änderung der Verwaltungsvorschrift hat sich, das können wir nach einem halben Jahr feststellen, in der Praxis nicht bewährt. Die Bauwirtschaft ist auf ein transparentes, verlässliches und praktikables System zur Einholung von Genehmigungen für Großraum- und Schwertransporte dringend angewiesen. Andernfalls drohen erhebliche Mehrbelastungen für die Unternehmen und Verzögerungen im Bauablauf“, so Dr. Burkhard Siebert, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen (BIV): „Die Beantragung und Genehmigung von Großraum- und Schwertransporten war bereits mit erheblichem bürokratischen Aufwand verbunden, die Bauwirtschaft sieht sich jetzt durch die Verwaltungsvorschriften zu den §§ 29 Abs. 3 und 46 Abs. 1 Nr. 5 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) zusätzlich belastet. Das Genehmigungsverfahren ist noch komplizierter geworden und lässt die für die Bauunternehmen notwendige Flexibilität vermissen. Sie enthält Regelungen für den Transport großer Baugeräte, die von den Firmen in der Praxis nicht umzusetzen sind. Sobald es etwa zu einer nur geringfügigen Unterschreitung der Abmessungen der Ladung oder des Gewichts des

Fahrzeugs kommt, muss eine völlig neue Genehmigung eingeholt werden. Die Grenzen können schon überschritten sein, wenn der Tank eines zu transportierenden Baggers leer statt voll ist.“ Die Bauwirtschaft fordert mit Nachdruck, zeitnah praxistaugliche Regelungen zu schaffen und die neuen Verwaltungsvorschriften zu korrigieren. „Wir sehen Liefer- und Transportverzögerungen. Dabei ist die Lage auf den Baustellen wegen der Lieferengpässe schon kompliziert genug. Auch die Länder sind an dieser Stelle gefragt. Die Landesregierungen sollten im Bundesrat eine entsprechende Initiative einbringen oder sich mit Vorschlägen in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe einbringen“, fordert Burkhard Siebert. In dem BIV-Positionspapier sind detaillierte Vorschläge der Bauwirtschaft enthalten.

https://www.bauindustrie-mitte.de/fileadmin/user_upload/09.09.2021_Positionspapier_zum_Genehmigungsverfahren_VEMAGS-22.08.2021_ohne.pdf